

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): V. Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Landgendarmarie für Palästina.

Von unserem Sonderberichterstatter.

* Saffa, im Juni.

Schon als das neue Budget beraten wurde hat Sir Herbert Samuel wiederholt und mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit einer eigenen nationalen Verteidigung Palästinas hingewiesen. Sie soll unabhängig von den Kadres sein, die England leihweise zum Schutze des Suezkanals unterhält und deren Anzahl in den (je nach der Quelle) verschiedenen Angaben auf 3000—10 000 (vorzugsweise indischer) Soldaten angegeben wird. Diese von England unterhaltene Truppe steht unter dem Befehl des in Kairo residierenden Generalissimus, jetzt des General Allenby. Sie kann zwar für den inneren Sicherheitsdienst im Lande verwendet werden, aber nur dann und dort, wie es der Oberbefehlshaber für richtig hält.

Das Verlangen nach einer „Nationalverteidigung“ entspricht durchaus den Bedürfnissen des Landes und den Wünschen der Bevölkerung. Dafür ist die Tatsache allein schon entscheidend, daß der Schutz des Territoriums nicht einer Truppe übergeben werden kann, deren oberstes Kommando außerhalb des Landes und innerhalb einer völlig anders gearteten politischen Konstellation gelegen ist. Obendrein liegt die Gruppe auf Abruf im Lande; und wer auch nicht glaubt, daß trotz des Geschreis des jetzt von allen Parteien umschmeißelten „tax payer“ England jemals aus der Nähe des Suezkanals seine militärischen Kräfte zurückziehen wird, wird trotzdem nicht den Gedanken einer Landestruppe preisgeben wollen. Die Schaffung einer landeseigenen Sicherheitswehr kann — sie muß aber nicht durchaus — auch auf das Verlangen des High Commissioners zurückzuführen sein, sich aus militärisch freizumachen und nicht letzten Endes in den entscheidenden Augenblicken auf die Stimmung der in Ägypten residierenden Befehlshaber angewiesen zu sein.

Es handelt sich um einen Anfang. Gar zu großartig wird man sich diese Nationalverteidigung Palästinas nicht vorstellen dürfen, und die Passifanten aller Länder haben vorerst noch keinen Anlaß zu jammern, daß an der Geburtsstätte messianischer Friedensideale der „Militarismus“ sich aufreckt! Was hier geplant wird, hat mit „Militarismus“ wenig zu tun. Es handelt sich einfach um die Bildung einer Landgendarmarie, die die städtische und dörfliche Polizei unterfüttert, gegebenenfalls unschädlich machen soll und auch die Grenzen gegen einfallende Beduinenstämme zu sichern hat. Denn wohl für lange Zeit hinaus wird die Ueberführung der wandernden, Viehzucht treibenden Beduinen in Ackerbürger auf Schwierigkeiten stoßen, wenn sichtbar auch die Zahl jener Beduinen wächst, die sich zeitweilig auf einem gepackten Boden niederlassen, welchen sie bearbeiten und nach der schnellen Ernte wieder verlassen.

Die bisherige arabische Polizei wird allerseits als ungenügend betrachtet. Sie trägt nicht nur äußerlich den Beschlag als Erbe der türkischen Zeit. Auch ihre Sitten und Gewohnheiten tragen einen konservativen Charakter. Ihre erste Reaktion aus ihrem ewigen Schlummer ist die Ohrfeige. Und der Backfisch gilt noch immer als die vergleichsweise sicherste Form der Gehirnjahlung. Denn trotz England lebt hier der „olle, ehrliche Ährtengeist“. Während der englische Beamte so gut bezahlt wird, daß er hoffen kann, nach einigen Jahren Kolonialplage ein beschauliches Leben in England zu führen, ist das Gehalt des Natifs klein. Das Lebensminimum (für Zigaretten und Kaffee) wird ihm garantiert, für den Rest bleibt er auf die — Selbsthilfe angewiesen. Auf solchem Humus wächst der Musterbeamte nicht! Die neue Landgendarmarie aber soll ein „Elitekorps“ sein. Der ursprüngliche Plan zweier Legionen — einer arabischen und einer jüdischen — ist zunächst aufgegeben worden. Der jetzige Oberkommissar rückt nicht um einen Millimeter von seiner Gesamtaufassung ab, daß die Entwicklung des Landes nur in einer national undifferenzierten Interessens- und Lebensgemeinschaft der Bevölkerung gewährleistet ist. Da die Juden nicht daran denken (oder gar denken müssen!), den arabischen Aktionsradius zu verkleinern, und da nach Ausschaltung der nationalistischen arabischen Propaganda — die ungleich mehr weltpolitisch als lokal orientiert ist — das wirtschaftliche Interesse des Arabers innig an das Emporkommen des Juden gebunden ist, so ist in der Tat die Einheitlichkeit von Juden und Arabern, die staatspolitische, die auch ohne Unterdrückung und Assimilation auskommt, die erste Voraussetzung für das Gedeihen des Landes. Eine Elitendarmarie würde sich aus beiden Bevölkerungsteilen zusammensetzen können, und wenn nicht sonarisch an einem äußerlichen Prozentualverhältnis festgehalten würde und allein militärische Schulung, körperliche Eignung, Sprachkenntnisse und ein gewisser Grad allgemeiner Bildung die Auswahl bestimmten, so würden die Juden sicherlich nicht zurückzutreten brauchen. Die Leitung dieses Korps, das zunächst nur 500 Mann stark sein soll, wird in den Händen englischer Offi-

ziere liegen, und auch in den unteren Graden sollen bewährte englische Politzisten eingesetzt sein.

Diese Lösung wäre akzeptabel, wenn nicht trotz alledem die Lösung dieser Elitetruppe wieder erheblich unter dem Existenzminimum bliebe. Für die Kavallerie wird die Beibringung eines eigenen Pferdes gefordert oder ein Depot von 50 Pfd. Sterl. Die Lösung soll für den Sergeanten der Kavallerie 10 Pfd. Sterl., für den Korporal 9,55 Pfd. Sterl. und 9 Pfd. Sterl. für alle Gemeinen sein; für die Fußtruppen stellt sich das Gehalt entsprechend niedriger (9,57 Pfd. Sterl., 8,85 Pfd. Sterl. und 8 Pfd. Sterl.). Der Mann muß sich selbst bestreiten. Für einen verheirateten schaltet also diese Karriere aus. Die Dienstzeit ist lang, und wenn auch dem ausgedienten Gendarmen in Zukunft Stellen in der Verwaltung in Aussicht gestellt werden, so sind auch sie so erbärmlich bezahlt (Natives!), daß sie kaum noch einen Anreiz bilden.

Diese Landgendarmarie müßte ein Elitekorps sein, entschlossen ohne politische Rücksicht dem Lande die Sicherheit, Ruhe, Stetigkeit und jenen Frieden zu geben, auf den es als die Ge-

burtsstätte dreier idealistischer Weltreligionen Anspruch hat. Hier liegt ein menschheitliches Interesse vor, das nicht durch armseligen Fiskalismus beschädigt werden sollte. Ganz gleichgültig, wer der Mandatar Palästinas sein wird: Palästina müßte seinem Wesen nach ein Index der ethischen Reinheit des Völkerbundgedankens sein. Zu diesem Lande haben alle gestifteten Völker ein inneres Verhältnis. Seinen Frieden zu behüten, sind alle Völker berufen. Das Elitekorps der palästinensischen Schutztruppe müßte international sein, die Kosten müßten eine Ehrenschuld aller Völker sein, die ihre Besten zu dieser edlen Aufgabe stellt. — Aber die leidige Machtpolitik...

Nach einer Neutermeldung aus Alexandria wird sich eine Ordnung aus Palästina, bestehend aus vier Mohammedanern und drei Christen unter Führung eines ehemaligen Bittermeisters von Jerusalem, nach England begeben, um der englischen Regierung die Wünsche dieser Bevölkerungsteile über Verwaltung und Verfassung des Landes mitzuteilen.

Der Notenwechsel über Oberschlesien.

Die französische Antwort in London.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

in London, 21. Juli.

Der französische Botschafter hat heute dem Foreign Office Briands Antwort auf die gestrige Note überreicht. Darin erklärt Briand es für unerlässlich, daß zunächst bevor eine Entscheidung gefällt ist, Verstärkungen nach Oberschlesien geschickt werden müßten, um der Gefahr eines neuen deutschen oder polnischen Aufbruchs zu begegnen. Briand verlangt daher, daß England neue Truppen nach Oberschlesien entsendet oder jedenfalls der Entsendung französischer Soldaten zustimme. Die Ansicht der britischen Regierung ist indessen, wie Reuters feststellt, in keiner Weise durch den Bericht der Interalliierten Kommission geändert worden. Der Bericht hat im Gegenteil die Regierung in ihrem Verlangen nach einer schnellen Konferenz des Obersten Rates bestärkt.

Paris in Erwartung der deutschen Note.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

in Paris, 21. Juli.

Die „Chicago Tribune“ meldet, hat ferner Marschall Foch und Kriegsminister Barthou die vorbereitenden Arbeiten zur Entsendung einer französischen Infanteriedivision als Verstärkung nach Oberschlesien heute abgeschlossen, ohne die weiteren englischen und italienischen Maßnahmen in dieser Richtung abzuwarten. Die Antwort Deutschlands auf die französische Note betr. die Verstärkung der Truppen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet ist gestern bis in die späten Abendstunden noch nicht in Paris eingetroffen. Inzwischen erwartet Briand die Antwort Lord Curzons auf die französische Note.

Die französische Regierung hat bereits ihre Sachverständigen für Oberschlesien in der Person der Herren Larocque, Fromageot und Massigli ernannt. Die französischen Sachverständigen hoffen ihre Arbeit bereits am kommenden Montag aufnehmen zu können.

Die Antwortnote der deutschen Regierung auf die französische Note betreffend Oberschlesien ist im wesentlichen fertiggestellt und bedarf nur noch einiger Ergänzungen in den tatsächlichen Feststellungen. Sie dürfte heute dem französischen Botschafter übergeben werden. Berliner Korrespondenten Pariser Zeitungen wollen wissen, die Verzögerung der Antwortnote sei auf Unstimmigkeiten innerhalb des Reichskabinetts zurückzuführen. Das trifft nicht zu. Die Auffassung im Kabinett über die ober-schlesische Frage ist durchaus einheitlich. Es bedurfte nur einiger Tage zur Bearbeitung und Zusammenstellung des Tatsachenmaterials, das den Behauptungen der französischen Regierung entgegengesetzt werden soll.

Das Staatsdepartement teilte mit, daß es nicht aufgegeben worden sei, in der ober-schlesischen Frage zu intervenieren, und erklärte, daß Veränderungen im unstrittenen Gebiet nicht bedeutungsvoll genug seien, um Amerika zu veranlassen, von sich aus eine Intervention in Erwägung zu ziehen.

Die einstimmige Pariser Presse.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

in Paris, 21. Juli.

Den französischen Zeitungen fällt es sichtlich schwer, den neuen Standpunkt des Kabinetts Briand und damit die auch für die überraschend eingetretene Wendung in der französischen Oberschlesienpolitik zu rechtfertigen. Ein Teil der Morgenblätter verzichtet einstweilen ganz auf Kommentierung der gestern überreichten englischen Note und der französischen Erwiderung, die gestern abend nach London gegangen ist.

Fast alle Blätter, die zu dem französisch-englischen Meinusaustausch Stellung nehmen, billigen die Politik des Kabinetts Briand und wollen von einem Nachgeben nichts wissen. Nur Hervé in der „Victoire“ liest aus der englischen Note ein weitgehendes Entgegenkommen heraus, weil England die Entsendung von Verstärkungen nicht rundweg ablehnt und er empfiehlt der französischen Regierung gleiches Entgegenkommen, weil nichts bedenklicher wäre, als wenn Frankreich hierdurch isoliert würde. Die Frage, wie der Umschwung in der französischen Politik zu erklären ist, wird durch die heutigen Presseäußerungen nicht beantwortet. Philippe Millet weist wie bereits berichtet, im „Petit Parisien“ englische Vermutungen, nach denen Frankreich durch diesen Vorstoß in der ober-schlesischen Frage die Verhandlungen mit den türkischen Nationalisten oder Besprechungen mit Deutschland maskieren wolle, als Geschwätz zurück. Tatsächlich ist die Lösung des Rätsels wohl sicher in anderer Richtung zu suchen. Die griechischen Erfolge in Kleinasien sind natürlich englische Siege und vermindern den Wert einer etwaigen französischen Zustimmung zu Englands Plänen im Orient. Es wäre durchaus nicht überraschend, wenn man es in Paris für nützlich gehalten hätte, die Verstärkung der englischen Stellung im Orient durch eine Stärkung der französischen Stellung in Mittel-europa auszugleichen, um einen etwaigen gegenseitigen Verzicht zu erleichtern.

Der „Temps“ bezeichnet die Schnelligkeit, mit der Frankreich die letzte englische Note beantwortet hat, als einen Beweis dafür, daß die Pariser Regierung keine Verschleppung der Oberschlesien-Angelegenheit erstrebt. Lord Curzon müsse durch die Berichte des englischen Kommissars in Oberschlesien darüber unterrichtet sein, daß die französischen Befürchtungen wegen neuer Wirren berechtigt seien. Der Vorschlag einer sofortigen Tagung des Obersten Rates wurde von England nicht zuletzt damit begründet, daß eine rasche Lösung des Problems auch das Kabinett Birith befestigen würde.

Der „Temps“ versucht nun, aufs neue die Berechtigung der Zwangsmaßnahmen gegen den englischen Vorschlag zu beweisen. Er erwähnt dabei, daß der italienische Ministerpräsident seinen Wunsch, persönlich an der Konferenz teilzunehmen, beim Zusammentreten des Obersten Rates vor Ende Juli nicht ausführen könne, weil er Rom wegen der Parlamentsverhandlungen nicht vor dem 7. oder 8. August verlassen könne. Das Blatt schreibt, der Oberste Rat würde keinerlei Unterlagen für eine sofortige Entscheidung haben, da die verbündeten Kommissare sich über den gemeinsamen Vorschlag nicht einigen konnten und die Vorschläge Sforzas bisher nicht Gegenstand einer interalliierten Nachprüfung gewesen seien.